

Meldewesen

Die DSGVO bildet die gesetzliche Grundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Diese stärkt die Rechte der betroffenen BürgerInnen. Die Wahrung der Transparenz bei der Datenverarbeitung ist für die Stadt Bad Münster am Deister von besonderer Bedeutung. Hiermit kommen wir Ihrem Anspruch auf Information nach und teilen Ihnen zur Verarbeitungstätigkeit 'Meldewesen' Folgendes mit:

Kontaktdaten des Verantwortlichen

Stadt Bad Münster am Deister
Bürgermeister Hartmut Büttner
Steinhof 1 | 31848 Bad Münster
Tel.: 05042/943-0
eMail: stadt@bad-muender.de
Homepage: www.bad-muender.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Zweckverband
Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO)
Am Patentbusch 2 | 26125 Oldenburg
Tel.: 0441/9714-2877
eMail.: datenschutz@kdo.de
Homepage: www.kdo.de

Zweck der Datenverarbeitung

Die Meldebehörde hat nach § 2 bis 4 Bundesmeldegesetz (BMG) in Verbindung mit § 1 Nds. Ausführungsgesetz zum BMG (Nds. AGBMG) personenbezogene Daten über die in ihrem Zuständigkeitsbereich wohnhaften Personen (Einwohner) zu erfassen, um deren Identität und Wohnadressen feststellen und nachweisen zu können.

Die Erhebung dieser personenbezogenen Daten erfolgt zur Erfüllung der Meldepflicht.

Wer eine Wohnung bezieht, ist grundsätzlich verpflichtet, sich innerhalb von zwei Wochen nach dem Einzug bei der Meldebehörde anzumelden (§17 Absatz 1 BMG). Wer aus einer Wohnung auszieht und keine neue Wohnung im Inland bezieht, hat sich innerhalb von zwei Wochen nach dem Auszug abzumelden (§ 17 Absatz 2 BMG). Generell sind meldepflichtige Personen verpflichtet, die zur Führung des Melderegisters benötigten Auskünfte zu erteilen und die zum Nachweis erforderlichen Unterlagen vorzulegen (§ 25 BMG).

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Art. 6 Abs. 1 lit. c) und e) DSGVO. Die in den Melderegistern (§ 3 BMG) gespeicherten personenbezogenen Daten werden von der Meldebehörde genutzt, um nach Maßgabe der Vorschriften über Melderegisterauskünfte (§§ 44 ff. BMG) und Datenübermittlungen (§§ 33 ff. BMG) den berechtigten Informationsbedürfnissen sowohl nicht-öffentlicher Stellen und Privatpersonen als auch öffentlicher Stellen Rechnung zu tragen sowie bei der Durchführung von Aufgaben anderer öffentlicher Stellen mitzuwirken (§ 2 Absatz 3 BMG). Gegen bestimmte Melderegisterauskünfte (z.B. Melderegisterauskünfte an Adressbuchverlage) gibt es ein Widerspruchsrecht.

Zu bestimmten Anlässen erfolgen regelmäßige Datenübermittlungen (§§ 36, 43 BMG; 1. und 2. Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung) an andere öffentliche Stellen sowie nach § 42 BMG an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften. Darüber hinausgehende, auch regelmäßige Datenübermittlungen erfolgen aufgrund der Bestimmung durch Bundes- oder Landesrecht, in dem die jeweiligen zugrunde liegenden Anlässe und Zwecke der Datenübermittlung, die Empfänger und die zu übermittelnden Daten benannt werden.

Die Datenverarbeitung betrifft folgende Kategorien von Personen

EinwohnerInnen

Die folgenden erforderlichen Kategorien von Daten werden verarbeitet

Meldewesen

1. Familienname; 2. frühere Namen; 3. Vorname unter Kennzeichnung des gebräuchlichen Vornamens; 4. Doktorgrad; 5. Ordensname, Künstlername; 6. Geburtsdatum und Geburtsort sowie bei Geburt im Ausland auch den Staat; 7. Geschlecht; 8. zum gesetzlichen Vertreter Familienname, Vorname, Doktorgrad, Anschrift, Geburtsdatum, Geschlecht, Sterbedatum, Auskunftsperren nach § 51 BMG und bedingte Sperrvermerke nach § 52 BMG; 9. derzeitige Staatsangehörigkeit; 10. rechtliche Zugehörigkeit zu einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft; 11. derzeitige Anschrift, frühere Anschriften im Zuständigkeitsbereich der Meldebehörde sowie Anschrift der letzten alleinigen Wohnung oder Hauptwohnung und der letzten Nebenwohnungen außerhalb des Zuständigkeitsbereichs der Meldebehörde, gekennzeichnet nach Haupt- und Nebenwohnung, bei Zuzug aus dem Ausland auch den Staat und die letzte Anschrift im Inland, bei Wegzug in das Ausland auch die Zuzugsanschrift im Ausland und den Staat; 12. Einzugsdatum, Auszugsdatum, Datum des letzten Wegzugs aus einer Wohnung im Inland sowie Datum des letzten Zuzugs aus dem Ausland; 13. Familienstand, bei Verheirateten oder Personen, die eine Lebenspartnerschaft führen, zusätzlich Datum und Ort der Eheschließung oder der Begründung der Lebenspartnerschaft sowie bei Eheschließung oder Begründung der Lebenspartnerschaft im Ausland auch den Staat; 14. zum Ehegatten oder Lebenspartner Familienname, Vorname, Geburtsname, Doktorgrad, Geburtsdatum, Geschlecht, derzeitige Anschrift im Zuständigkeitsbereich der Meldebehörde sowie Anschrift der letzten alleinigen Wohnung oder Hauptwohnung außerhalb des Zuständigkeitsbereichs der Meldebehörde, Sterbedatum, Auskunftsperren nach § 51 BMG und bedingte Sperrvermerke nach § 52 BMG; 15. zu minderjährigen Kindern Familienname, Vorname, Geburtsdatum, Geschlecht, Anschrift im Inland, Sterbedatum, Auskunftsperren nach § 51 BMG und bedingte Sperrvermerke nach § 52 BMG; 16. Ausstellungsbehörde, Ausstellungsdatum, letzter Tag der Gültigkeitsdauer und Seriennummer des Personalausweises, vorläufigen Personalausweises oder Ersatz-Personalausweis, des anerkannten und gültigen Passes oder Passersatzpapiers sowie Sperrkennwort und Sperrsumme des Personalausweises; 17. die Seriennummer des Auskunfts nachweises nach § 63a Absatz 1 Nummer 10 des Asylgesetzes mit Ausstellungsdatum und Gültigkeitsdauer; 18. Auskunfts- und Übermittlungssperren; 19. Sterbedatum und Sterbeort sowie bei Verstorbenen im Ausland auch den Staat; 20. für die Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen auf staatlicher und kommunaler Ebene die Tatsache, dass die betroffene Person von der Wahlberechtigung oder der Wählbarkeit ausgeschlossen ist, als Unionsbürger (§ 6 Absatz 3 Satz 1 des Europawahlgesetzes) bei der Wahl des Europäischen Parlaments von Amts wegen in ein Wählerverzeichnis im Inland einzutragen ist, ebenfalls zu speichern ist die Gebietskörperschaft oder der Wahlkreis im Herkunftsmitgliedstaat, wo die betroffene Person zuletzt in ein Wählerverzeichnis eingetragen war, als im Ausland lebender Deutscher einen Hinweis auf Wahlen zum Deutschen Bundestag sowie auf Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland erhält, ebenfalls ist nach Mitteilung durch die betroffene Person ihre derzeitige Anschrift im Ausland zu speichern; 21. für das Verfahren zur Bildung und Anwendung der elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmale nach § 39e Absatz 2 Satz 2 und 3 des Einkommensteuergesetzes die Zugehörigkeit zu einer steuererhebenden Religionsgesellschaft sowie das Datum des Eintritts und Austritts, den Familienstand, das Datum der Begründung oder Auflösung der Ehe oder Lebenspartnerschaft sowie die Identifikationsnummern oder die Vorläufigen Bearbeitungsmerkmale des Ehegatten oder Lebenspartners, der minderjährigen Kinder, die ihre alleinige Wohnung oder ihre Hauptwohnung im Zuständigkeitsbereich derselben Meldebehörde haben; 22. für Zwecke nach § 139b Absatz 2 der Abgabenordnung die Identifikationsnummer nach § 139b der Abgabenordnung und bis zu deren Speicherung im Melderegister das Vorläufige Bearbeitungsmerkmal nach § 139b Absatz 6 Satz 2 der Abgabenordnung; 23. für die Ausstellung von Pässen und Ausweisen die Tatsache, dass Passversagungsgründe vorliegen, ein Pass versagt oder entzogen oder eine Anordnung nach § 6 Absatz 7, § 6a Absatz 1 oder § 6a Absatz 2 des Personalausweisgesetzes getroffen worden ist; 24. für staatsangehörigkeitsrechtliche Verfahren die Tatsache, dass die deutsche Staatsangehörigkeit nach § 4 Absatz 3 oder § 40b des Staatsangehörigkeitsgesetzes erworben wurde und nach § 29 des Staatsangehörigkeitsgesetzes ein Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit eintreten kann; 25. für Zwecke der Suchdienste die Anschrift vom 1. September 1939 derjenigen Einwohner, die aus den in § 1 Absatz 2 Nummer 3 des Bundesvertriebenengesetzes bezeichneten Gebieten stammen; 26. für waffenrechtliche Verfahren die Tatsache, dass eine waffenrechtliche Erlaubnis erteilt worden ist, sowie die Behörde, die diese Tatsache mitteilt, mit Angabe des Datums, an dem die waffenrechtliche Erlaubnis erstmals erteilt worden ist; 27. für sprengstoffrechtliche Verfahren die Tatsache, dass eine sprengstoffrechtliche Erlaubnis oder ein Befähigungsschein nach § 20 des Sprengstoffgesetzes erteilt worden ist, sowie die Behörde, die diese Tatsache mitteilt, mit Angabe des Datums der erstmaligen Erteilung; 28. zur Beantwortung von

Meldewesen

Aufenthaltsanfragen anderer Behörden und sonstiger öffentlicher Stellen, wenn der Einwohner die Wohnung aufgegeben hat und der Meldebehörde eine neue Wohnung nicht bekannt ist, das Ersuchen um Datenübermittlung mit dem Datum der Anfrage und der Angabe der anfragenden Stelle für die Dauer von bis zu zwei Jahren; 29. für die Prüfung, ob die von der meldepflichtigen Person gemachten Angaben richtig sind, und zur Gewährleistung der Auskunftsrechte in § 19 Absatz 1 Satz 3 und § 50 Absatz 4 den Namen und die Anschrift des Eigentümers der Wohnung und, wenn dieser nicht selbst Wohnungsgeber ist, den Namen des Eigentümers der Wohnung sowie den Namen und die Anschrift des Wohnungsgebers; 30. im Spannungs- oder Verteidigungsfall für die Wehrerfassung die Tatsache, dass ein Einwohner bereits vor der Erfassung seines Jahrganges erfasst worden ist

Die folgenden freiwillig angegebenen Kategorien von Daten werden zur vereinfachten Kontaktaufnahme und/oder vereinfachten Bearbeitung verarbeitet

entfällt

Die folgenden freiwillig angegebenen Kategorien von Daten werden im notwendigen Umfang verarbeitet, ohne die eine Bearbeitung nicht vorgenommen werden kann

entfällt

Personenbezogene Daten werden ggf. bei folgenden Dritten erhoben

entfällt

Personenbezogene Daten werden ggf. an folgende Empfänger übermittelt

Die Meldebehörde darf an andere öffentliche Stellen im Inland (§ 34 BMG), öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften (§ 42 BMG) und den Suchdiensten (§ 43 BMG) aus dem Melderegister Daten übermitteln oder Daten innerhalb der eigenen Verwaltungseinheit (§ 37 BMG) weitergeben, soweit dies zur Erfüllung ihrer eigenen oder in der Zuständigkeit des Empfängers liegenden Aufgaben erforderlich ist.

Privatpersonen und nicht-öffentliche Stellen erhalten auf Antrag eine gebührenpflichtige Auskunft über einzelne personenbezogene Daten unter der Voraussetzung, dass die betroffene Person von der Meldebehörde aufgrund der Angaben des Antragstellers eindeutig identifiziert werden kann. Über eine Vielzahl nicht namentlich bezeichneter Personen kann Privatpersonen und nicht-öffentlichen Stellen auf Antrag Auskunft über die Zugehörigkeit zu einer Gruppe (z.B. ein bestimmter Geburtsjahrgang) und über bestimmte personenbezogene Daten erteilt werden, wenn ein öffentliches Interesse festgestellt werden kann (§§ 44 bis 46 BMG). Ausländische Stellen außerhalb der Europäischen Union werden nicht-öffentlichen Stellen gleichgesetzt.

Parteien, Wählergruppen und andere Träger von Wahlvorschlägen können im Zusammenhang mit Wahlen und Abstimmungen auf staatlicher und kommunaler Ebene Meldedaten erhalten (§ 50 Abs. 1 BMG).

Mandatsträger, Presse und Rundfunk dürfen bei Alters- und Ehejubiläen die mit diesem besonderen Zweck in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Daten erhalten (§ 50 Abs. 2 BMG).

Adressbuchverlage dürfen zum Zwecke der Veröffentlichung in gedruckten Adressbüchern lediglich einzelne im Gesetz aufgezählte Daten aller volljährigen Einwohner von der Meldebehörde erhalten (§ 50 Abs. 3 BMG).

Der Wohnungseigentümer / Wohnungsgeber hat einen Anspruch auf Auskunft über die in seiner Wohnung gemeldeten Einwohner, soweit er ein rechtliches Interesse glaubhaft macht. Er kann sich darüber hinaus durch Rückfrage bei der Meldebehörde davon überzeugen, dass sich die Person, deren Einzug er bestätigt hat, bei der Meldebehörde angemeldet hat (§ 50 Abs. 4 BMG).

Meldewesen

Die KDO ist Datenempfänger im Rahmen der Auftragsverarbeitung.

Übermittlung in ein Drittland

Personenbezogene Daten werden grundsätzlich nicht an internationale Organisationen oder in Länder außerhalb der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums („Drittländer“) übermittelt. Sollte eine Übermittlung an internationale Organisationen oder in Drittländer ausnahmsweise notwendig werden, muss Folgendes gegeben sein:

- Die Übermittlung ist grundsätzlich zulässig, weil ein gesetzlicher Erlaubnistatbestand erfüllt ist oder Sie in die Datenübermittlung eingewilligt haben und
- die besonderen Voraussetzungen für eine Übermittlung in ein Drittland liegen vor. Insbesondere gewährleistet der Datenimporteur ein angemessenes Datenschutzniveau nach Maßgabe der EU-Standardvertragsklauseln für die Übermittlung personenbezogener Daten an Datenverarbeiter in Drittländern.

Speicherdauer bzw. Aufbewahrungsfristen

Nach dem Wegzug oder Tod des Einwohners hat die Meldebehörde alle Daten, die nicht der Feststellung der Identität und dem Nachweis der Wohnung dienen sowie nicht für Wahl- und Lohnsteuerzwecke oder zur Durchführung von staatsangehörigkeitsrechtlichen Verfahren erforderlich sind, unverzüglich zu löschen.

Nach Ablauf von fünf Jahren seit Wegzug oder Tod des Einwohners werden die zur Erfüllung der Aufgaben der Meldebehörden gespeicherten Daten für die Dauer von 50 Jahren aufbewahrt und durch technische und organisatorische Maßnahmen gesichert. Während dieser Zeit dürfen die Daten mit Ausnahme des Familiennamens und der Vornamen sowie früheren Namen, des Geburtsdatums, des Geburtsortes sowie bei Geburt im Ausland auch des Staates, der derzeitigen und früheren Anschriften, des Auszugsdatums sowie des Sterbedatums, des Sterbeortes sowie bei Versterben im Ausland auch des Staates nicht mehr verarbeitet werden.

Für die in § 13 Abs. 2 Satz 3 BMG bestimmten Fälle gilt das Verbot der Verarbeitung nicht. Für bestimmte Daten gelten nach § 14 Absatz 2 BMG kürzere Löschungsfristen.

Freiwillige Angaben werden darüber hinaus gelöscht, wenn Sie Ihre Einwilligung zur Speicherung widerrufen oder wenn die Kenntnis dieser Daten zur Erfüllung des mit der Speicherung verfolgten Zwecks nicht mehr erforderlich ist.

Weitere Hinweise auf Ihre Rechte als betroffene Person

Auskunftsrecht (Art. 15 DSGVO), Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO), Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO), Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO), Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO), Widerspruchsrecht (Art. 21 DSGVO)

Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Sie haben das Recht, sich jederzeit an die zuständige Aufsichtsbehörde zu wenden: Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen | Prinzenstr. 5 | 30159 Hannover | Tel.: 0511/120-4500 | Fax: 0511/120-4599 | eMail: poststelle@fd.niedersachsen.de

Widerruf

Meldewesen

Die Einwilligung zur Verarbeitung Ihrer freiwillig zur Verfügung gestellten personenbezogenen Daten kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Diese Daten dürfen ab diesem Zeitpunkt nicht mehr verwendet werden. Der Widerruf muss schriftlich erfolgen, es genügt die Mitteilung per eMail an die angegebene Adresse des Verantwortlichen. Die Verarbeitung der Daten ist bis zum Zeitpunkt des Widerrufs rechtmäßig.

Profiling

Ein Profiling durch die Stadt Bad Münster am Deister findet nicht statt.

Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten

Sie sind grundsätzlich zur Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten, die unter „erforderliche Kategorien von Daten“ genannt sind, verpflichtet. Freiwillige Angaben dienen darüber hinaus einer vereinfachten Kontaktaufnahme und/oder vereinfachten Bearbeitung bzw. werden im notwendigen Umfang verarbeitet, weil ohne die Angabe eine Bearbeitung nicht vorgenommen werden kann. Ohne Ihre Einwilligung dürfen diese Daten nicht genutzt werden. Dadurch kann unter Umständen keine vereinfachte Kontaktaufnahme und/oder vereinfachte Bearbeitung erfolgen, weil die genannten Daten fehlen. Es kann unter Umständen keine Bearbeitung erfolgen, weil es sich bei den genannten Daten zwar um freiwillige Angaben handelt, diese allerdings für eine Bearbeitung notwendig sind.